



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 26

Freitag, 1. April 1932

39. Jahrgang

Lohnabbau ausgeschlossen!

Gewerkschaften bilden die Abwehrfront

Die „neue Situation“ ist da

Die lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände haben zu der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April entstehenden Situation Stellung genommen. In der Aussprache zeigte sich, daß der Umfang der seitens der Arbeitgeber erfolgenden Vertragskündigungen noch nicht abschließend zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen versuchen. Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen durch die Preisabbaaktion erzielten Preisen steht. Uebereinstimmend wurde betont, daß damit diejenige „Neue Situation“ gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde alsseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.

Das Reichsarbeitsministerium hat vor kurzem in einer besonderen Verlautbarung zur Lohnfrage darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben müsse. Das Ministerium rechnet damit, daß die Arbeitgeber von der Kündigung der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Der Optimismus des Reichsarbeitsministeriums erscheint uns etwas verfrüht. Soeben erst haben die Unternehmer des Buchdruckgewerbes auch den Lohnvertrag gekündigt. Die von ihnen durch die Kündigung des Manteltarifs angestrebte Schlechterstellung der Gehilenschaft genügt ihnen noch nicht. Im Ruhrbergbau rechnet man mit einer Kündigung des Lohnvertrags ab 1. Mai. Der Verzicht des Zehnerverbandes auf eine Kündigung zu Ende April ist noch lange kein Zeichen dafür, daß die Grubenunternehmer in der Lohnfrage instand werden wollen. Sie wollen zunächst die Wahlen vorübergehen lassen. In den Gemeinden sind für rund 300 000 Arbeiter Mantel- und Lohnverträge gekündigt. Jedenfalls ist, soweit sich die Situation bis jetzt überblicken läßt, das Unternehmertum noch immer nicht entschlossen, sich endlich von seiner unheilvollen Theorie einer Wiederbelebung der Wirtschaft durch Hungerlöhne freizumachen. Wird daher jetzt nicht eine klare Lohnschusspolitik durch das Reichsarbeitsministerium eingeleitet, dann besteht die Gefahr, daß in kurzer Zeit die Unternehmer mit sehr zahlreichen Tarifkündigungen kommen. Diese Gefahr muß rechtzeitig gebannt werden. Will sich das Ministerium auf die Einsicht der Unternehmer verlassen, dann ist es verlassen. Auch nur vereinzelte Kündigungen sind von Unheil; sie geben ein schlechtes Beispiel. Bekommt der Teufel den Finger, dann will er die ganze Hand. Von Vereinbarungsmöglichkeiten versprechen wir uns sehr wenig.

Die Reichsregierung ist moralisch verpflichtet, mit ihrer ganzen Kraft jetzt für den Lohnschutz einzutreten; denn die seinerzeit vom Reichskanzler angebotene neue Situation ist eingetreten. Der Versuch, Preis- und Lohnsenkung miteinander zu verknüpfen, ist kläglich gescheitert. Heute muß selbst die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände feststellen, daß „in der Tat die Senkung der Preise hinter dem Ausmaß der Senkung der Löhne und Gehälter durch die letzte Notverordnung zurückgeblieben ist.“ Das Preisfestsetzungsverprechen, mit dem man die Arbeiterschaft beim Notverordnungslohnabbau beruhigen wollte, ist nicht erfüllt worden. Eine neue lohnpolitische Situation ist damit gegeben.

Von einem weiteren Lohnabbau kann unter gar keinen Umständen mehr die Rede sein. Ein Lohnaufbau wäre notwendig. Eine Verlängerung des Lohnwaffenstillstandes ist wirklich das Allermindeste, wozu Arbeitgeber und Regierung verpflichtet sind. Dem Unternehmertum muß nicht bloß durch Gutturen zu Bewußtsein gebracht werden, daß mit dem Lohnabbau nun endlich Schluß gemacht werden muß. Warum nicht auch einmal eine Notverordnung zum Schutz der Arbeitnehmer?

Parole:

Angreifen!

Am Sonntag mittag um 12 Uhr nimmt der Oster-Burgfrieden sein Ende. Nachmittags und Abends wird die „Eiserne Front“ bereits wieder in ganz Deutschland aufmarschieren. Ingesamt werden von der Sozialdemokratischen Partei und der Eisernen Front bis zum 10. April, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, 75 000 Versammlungen durchgeführt werden. Die Agitation wird besonders auf das Land getragen. Neben der Versammlungsagitation wird mit Flugblättern, Plakaten, Schallplakaten und Megaphonen gearbeitet. Der Höhepunkt des Wahlkampfes wird am Freitag, dem 8. April, erreicht werden. An diesem Tage sollen im ganzen Reich nochmals große Kundgebungen bzw. Aufmärsche stattfinden.

100 Tage Klein-Moskau

Aütarkie in Mörfelden

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:

Hundert Tage sind keine lange Regierungszeit, auch nicht für einen kommunistischen Bürgermeister. Immerhin aber ist ein solcher Zeitraum lange genug, um Fähigkeiten im Wirtschaften an den Tag zu legen — oder auch um einen Schnelllebensrekord im Abwirtschaften aufzustellen.

Am 8. Dezember 1931 wurde der Kommunist Georg Zwilling als Bürgermeister des zwischen Darmstadt, Mainz und Frankfurt a. M. gelegenen, rund 5000 Einwohner starken Ortes Mörfelden vereidigt und in sein Amt eingeführt. Diese Arbeitergemeinde mit ländlichem Einschlag hatte vorher einen sozialdemokratischen Bürgermeister, der vorausichtlich wiedergewählt worden wäre, wenn er nicht die Oppositionsformen Zwilling und seiner Parteigenossen im Gemeinderat satt gehabt hätte. Die Kommunisten hatten so lange und so betriebfam

Hitler wird „großzügig“

München, 1. April (Radio)

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht heute einen neuen Parkeibefehl des großen Adols, in dem er ankündigt, daß er, um die Halslosigkeit der „marxistischen Verleumdungen“ zu beweisen, sein gesamtes Privateinkommen von 135 000 RM. jährlich bis auf einen Rest von 10 000 RM., mit dem er auskommen könne, den Erwerblosen Münchens zur Verfügung gestellt habe.

Gleichzeitig wird allen nationalsozialistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten befohlen, ihre gesamten Diäten an die Erwerblosen ihres Wahlbezirks anzusetzen.

Ferner werde die NSDAP auf die Fortsetzung ihres Reklame-Feldzuges mit Flugblättern und Plakaten verzichten, und die dadurch erparte Summe von 1 127 000 RM. für zusammenbrechende Bauern und Kleingewerbetreibende stiften.

(Die Meldung widerspricht so kraß allen bisherigen Gepflogenheiten der NSDAP, daß man mit der Möglichkeit einer Irrführung rechnen muß. Wir gehen sie mit allem Vorbehalt wieder. D. R.)

Attentat auf sozialdemokratischen Abgeordneten

Zwickau, 1. April (Radio)

Auf den sozialdemokratischen Abgeordneten des sächsischen Landtages, Paul Hermann wurde in der Nacht zum Freitag, als er von einer Sitzung heimkehrte, vor seinem Hause ein Revolverattentat verübt. Der Geistesgegenwart des Abgeordneten ist es zu danken, daß er unverletzt blieb. Durch die Tatsache, daß von zwei Seiten nach ihm geschossen wurde, ist erwiesen, daß es sich um einen wohlüberlegten Plan mehrerer Täter, die zweifellos in Nazistreihen zu suchen sind, handelt. Das Attentat auf den Abgeordneten Hermann ist der dritte Mordanschlag, der in ganz kurzer Zeit auf politisch linksgerichtete Personen in der Nähe von Zwickau erfolgt ist. Es ist deshalb unbegreiflich, daß der sofort benachrichtigte Gendarmeriekommisjar die Untersuchung nicht sofort vornahm, sondern für den nächsten Vormittag ankündigte.

Schlagt den Lumpen tot!

Noch ein bestialischer Mordfall

Hannover, 31. März (Eig. Bericht)

Ein neuer Fall unglaublicher Roheit von Nazibanden ereignete sich in dem kleinen Städtchen Bad Münder am Deister. Dort begleitete ein Reichsbannerkamerad ein junges Mädchen nach Hause. Kaum hatte er die letzten Häuser der Stadt hinter sich, als plötzlich ein Auto herankam, vor ihm hielt und die Lampen auslöschte. Als der Reichsbannerkamerad dann näherkam, stand er plötzlich im Scheinwerferlicht mehrerer Taschenlampen. Mit dem Ruf: „Schlagt den Lumpen tot!“ fielen etwa 30 SA-Leute über ihn her und bearbeiteten ihn mit Totschlägern und anderen Mordinstrumenten.

In der Meinung, der Reichsbannermann sei schon erledigt, riefen die verketteten SA-Leute: „Schmeißt den Lumpen in den Bach!“

Sofort wurde der Reichsbannermann von mehreren SA-Leuten ergriffen, über die Straße geschleift und in den Bach geworfen. Dann verschwand das Mörderpack.

Der Schwerverletzte kletterte unter großen Schmerzen mühsam aus dem Bach heraus und schleppte sich in ein nahegelegenes Haus. Die Hausbewohner benachrichtigten einen Arzt und die Polizei. Nach Anlegung mehrerer Verbände brachte der Arzt den halbtoten Geschlagenen in einem Auto in seine Wohnung.

den Gemeindegemeinschaften vorbeizien, daß und wie sie es besser machen wollten als der Sozialdemokrat, so daß der sozialdemokratische Bürgermeister ihnen gern Gelegenheit ließ, ihren Versprechungen die Tat folgen zu lassen. Da es in Hessen nicht wie in Preußen und anderen Ländern ein Bestätigungsrecht der kommunalen Aufsichtsbehörden gibt, ließ man Zwilling in seinen Bestrebungen, aus

Mörfelden eine kommunistische Musterzelle,

ein Klein-Moskau, zu machen, gewähren.

Hundert Tage hat die Herrlichkeit gedauert. Am 17. März 1932 übernahm ein Obersekretär des zuständigen Kreisamtes als Staatskommissar die Leitung der Mörfelder Verwaltungsschäfte. Obwohl er mit Gelächern der Sturmglöden empfangen wurde und das Rathaus von einer aufgewiegelteten tausendköpfigen Menge, darunter viele Frauen und Kinder, besetzt fand, schaffte er im Handumdrehen Ruhe und Ordnung, denn er tat das, was „Bürgermeister“ Zwilling schon seit Wochen schuldig geblieben war: er zahlte zum erstenmal wieder die Wohlfahrtsfürsorgegelder aus. Das hatte zwar auch der frühere sozialdemokratische Bürgermeister immer getan. Er hat auch die Winterhilfe für Erwerbslose und Ausgesteuerte durchgeführt und jetzt für Arbeit oder Unterfütterung gesorgt. Trotzdem behaupteten die Kommunisten damals in ihrer Presse immer wieder: „Ein beträchtlicher Teil der Mörfelder Bevölkerung nagt buchstäblich am Hungertuch. Es ist kein Geld da! Das ist die Devise des sozialdemokratischen Bürgermeisters, um die berechtigten Forderungen der notleidenden Bevölkerung in den Wind zu schlagen.“

Gewiß, der Kommunist Zwilling zeigte seinem Vorgänger, wie es gemacht werden muß. Er begann seine von außerordentlichen Erwartungen begleitete Amtszeit zwar vorschriftsmäßig mit der Leistung des Dienstes, aber das blieb auch so ziemlich seine einzige wirkliche Amtshandlung. Seine weitere Tätigkeit bestand in einer planmäßigen Sabotage alles dessen, was nach Amtspflicht noch in Propagandareisen durch Hessen und über die Landesgrenzen hinaus. In allen heftigen Versammlungen der KPD vor der Reichspräsidentenwahl spielten der Name und das kommunalpolitische Genie Zwilling's eine hervorragende Rolle, sein persönliches Gastieren brachte volle Häuser und sogar Herr Prä-

Sonntag 12 Uhr marschiert Eiserne Front!

Selbst für wenig Geld gute Qualität!

Prima Heringssalat GEG 1/4 Pfd. RM. 0.20
 Prima Schnitzellachs GEG 1/4 " " 0.25
 Prima Fettheringe 10 Stück " 0.40

Warenabgabe nur an Mitglieder



Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. 3224

Sie ernten doppelt

soviel auf der gleichen Fläche, wenn Sie hochwertige, gut durchgezüchtete Sämereien verwenden. Säen Sie daher **Michael-Saat!** 3253

Friedrich Michael

Das Spezialhaus für feine Gartensamen
 Mengstraße 4 Buddenbrook-Haus



Morgen Sonnabend
Gr. Frühlings-Ball
 Jeden Sonntag **Tanz**
 Eintritt frei 3255
 Sonnabend Skat

Die BIG-Anzüge werden nur zu festen Stammpreisen verkauft, die Sie untenstehend verzeichnet finden. Der beispiellos hohe Gegenwert, den wir für diese Preise bieten, hat seine plausiblen Gründe: eigens errichtete Werkstatt — Kontrolle von über 60 deutschen Fachgeschäften — modernste Herstellungsmethoden — eigens für die BIG gewebte Stoffe!



Betrifft:
 300 BIG Anzüge gratis

STAMM
 PREISE:

- 37.50
- 49.-
- 58.-
- 68.-
- 78.-

Achtung! die Glückswümmern

Wir gratulieren den vom Glück Bevorzugten und bitten die BIG-Anzüge feierlichst in Empfang zu nehmen. Wir danken allen andern, die leider vom Glück weniger begünstigt waren und trösten sie damit, daß sie vielleicht das nächste Mal die Glücklichen sein werden.

- 1. Preis Nr. 3861
- 2. " " 7105
- 3. " " 2654
- 4. " " 6001
- 5. " " 246

Haerder & Co

Schleifen von
Scheren
Rasiermessern
 sowie sämtl. Schneidinstrumenten
 in Vernickelung 2936
H. Deventer
 Lübeck, Mengstraße 30

Panther-Kinderwagen
 verschiedener Art
 Niedrige Preise-Ratenzahlungen gestattet
 Größte Auswahl 3159
Heinr. Kruse
 Fischergrube 23

Geschäfts-Übernahme

Einem geehrten Publikum von Lübeck u. Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir am 1. April ds. Js. das Lokal

Friedrich-Ebert-Hof

übernehmen. Es wird stets unser Bestreben sein, Speisen und Getränke in bekannter Güte zu den denkbar billigsten Preisen zu verabfolgen und bitten, unser junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. 3202

Hochachtungsvoll

Paul Benecke u. Frau

Sonnabend, 2. April: **Gr. Antrittsball**
 Beginn 8 Uhr. Ende?? Eintritt frei!

Sonntag, den 3. April, nachm. 4 Uhr:
Gr. Kaffee-Konzert und Tanz
 Ab 8 Uhr: **Ballabend**. Eintritt frei!

Billige Waren

- Trikot-Jacken . . . 2.75 2.45
- „ Anzüge 3.25 2.95 1.95
- Trainings-Anzüge Gr. 1 3.95
- Damen-Schlüpfer . 98.4 88.4
- Herrn-Hosen . . . 4.95 3.95
- Schlösser-Jacken u. Hos. 1.25 1.95
- Herrn-Anzüge 49.50 39.50 26.50
- Damen-Schleier 3.45 4.45 4.50
- H. Windjacken 9.95 6.95 3.95

Johannes Holst

Kohlmarkt 6 Lübeck Markt 6

Südersdorfer Sauobrot

Spezialität: **Schwarzbrot**
 Zu haben in meinen Niederlagen
 und vom Wagen
 Seit über 50 Jahren am Plage
 Südersdorfer Mühle 8. Zimmers

Alles, was Ihnen an modischen

Stoff-Neuheiten

gezeigt werden kann, finden Sie in unserer großen Spezial-Abteilung für

Kleiderstoffe

Haerder & Co.

Morgen

Großkampffag im

Boxen

in der Auktionshalle,
 20 1/2 Uhr.

Hamburg — Lübeck

Hanseat-Komb. Polizei

Ermäßigte Preise! 3210

2. Schlager!

*Wie man solche nur in
 unserem Spezialhaus
 findet!*

3.95
Eleg. Modellkappe
 in feinem Geflecht mit aparter Applikation und Blumengarnitur

6.95

Haus der Hüte

Filiale Lübeck, Sandstraße 8-12

GEWERKSCHAFTSHAUS

Operetten-Abend

am Sonnabend, dem 2. April 1932, 20 Uhr
 zugunsten des Wohlfahrtsamtes

Mitwirkende:

Lillian Ellerbush - Lucie Kühn - Ernst
 Günther - Karl Köstler - Otto Zeidler
 Am Flügel: Kapellmeister Herbert Winkler

Aus dem Programm:

Tanz- und Gesangsduette aus: **Blume von Hawaii - Viceadmiral - Schön ist die Welt**
 Couplets und Chansons aus: **Adrienne, Fledermaus - Paganini - Bettelstudent**
 Auf Wunsch: **Fietje u. Tetje, Frau Schneider**

Eintritt 50.4 Vorverkauf bei Barnekow, Buse, Guhl, Ziehe, Holst, Theaterkasse, Gewerkschaftshaus und den bekannten Verkaufsstellen des Konsumvereins

Blecher-Flügel von der Firma A. Fr. Haussmann lebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt

Volkshochschule

Die Anmeldungen für das Sommersemester erfolgen vom 1.-11. April: 12-15 und 17-20 Uhr, in der Leihstelle der Stadtbibliothek. 3221

Stadttheater

Freitag, 20 Uhr:
Die Fledermaus
 Operette
 Ende 23 Uhr
 Sonnabend, 20 Uhr:
Sant. Oper
 Hierauf:
Ein kurzes Leben
 Oper 3214
 Sonntag, 15 Uhr:
Emil u. die Detektive
 Theaterstück für Kinder.
 Sonntag, 20 Uhr:
Das Schwarzwaldmädel
 Operette
 Montag, 20 Uhr:
Der Freischütz
 Oper.

Rund um den Erdball

Verbrecherschiffe . . .

Auf den „Inseln hinter dem Winde“ / Heimatlose Menschenfracht / Im Lande der Tränen

Der argentinische Dampfer „Chaco“ passierte mit einer Ladung Verbrecher an Bord den Nordostkanal. Der Kapitän hat den Auftrag, die heimliche Fracht in Europa abzuliefern. Die europäischen Polizeibehörden verhalten sich ablehnend.

Raum drei Jahrzehnte sind vergangen, seit die europäischen Kolonialmächte darauf verzichtet haben, durch stolze Fregatten gesicherte Konvois über die Ozeane zu senden. Wochen-, monatelang hielten diese Schiffe südlichen oder südwestlichen Kurs, bis sie ferne Inseln oder Kontinente ansteuerten, auf denen die, inzwischen durch Sturmbur oder Fieber arg mitgenommenen Menschenfrachten ausgebootet, regulär ausgeliefert wurden. Auf Neuseeland, in Australien, auf den Inseln des indischen Ozeans, auf den heißen Felsgraten der „Inseln hinter dem Winde“, in Südamerika, Kolumbien und Guyana, überall befanden sich solche Verschiffungsplätze für europäische Menschenfrachten. Die Menschen, die dort ausgebootet, oder auch ausgeführt wurden, waren weder Kolonisten noch Soldaten, die Eroberer folgten, um die Inseln und Länder zu erschließen und sie kolonialen Interessen des Mutterlandes dienlich zu machen, sondern — Verbrecher!

„Expon“

Spanien, Portugal, Großbritannien, Frankreich schickten ihre Schwerverbrecher über die sieben Meere und steckte sie in den heißen, kaum fruchtbringenden Länderen an, um ihre asozialen Elemente loszuwerden. Drüben, jenseits der Ozeane, unter ganz andern menschlichen und sozialen Bedingungen hoffte man auf Besserung, glaubte man, die Verbrecher wieder zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen.

Merkwürdig wie das Experiment, waren die Ergebnisse. Unter der Sonne der Südsee, im atemberaubenden Winde des Passates, wurden in jahrzehntelanger Arbeit aus Verbrechertolonien reife, fruchtbare, menschliche Siedlungen. Auf der anderen Seite des Pazifik aber hatten die Experimente oft gegenteilige Erfolge. In Mittel- und Südamerika, in Westindien, in den Zonen des romantischen Verbrechereportes gediehen die Kolonien durchaus nicht. Guyana, Hölle aller französischer Zuchthäuser, oft auch „Land der Tränen“ genannt, spie in Intervallen, gemeinsam mit den spanischen und portugiesischen Verbrechertolonien, die Verbrecher wieder aus, die sich mit Spießgesellen in Mittel- und Südamerika einmischten, jahrelang als Schrecken aller Friedlichen, als Träger des Räuber- und Bandenunwesens wirkten.

Um die Jahrhundertwende hörte der Verbrechereport im allgemeinen auf. Europa „besserte“ seine „Asozialen“ selbst, nur Frankreich und Spanien verschifften nach wie vor Verbrecher nach Südamerika. Mit dem Stöpseln dieser Art Exportes ging die Entwicklung einst rein kolonialer Länder zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit parallel. Sie stellten sich auf eigene Füße und machten sich von politischer Bevormundung nach Möglichkeit frei. Dadurch wurden allmählich auch die verheerenden Wirkungen der Verbrechereinfahrungen aufgehoben. Ja, das Blättchen wendete sich günstig. Heute segeln nicht mehr in regelmäßigen Zeitabständen die Verbrecherschiffe von L'Havre nach Westindien hinüber, sondern, wie die neueste Meldung wiederum bestätigt, sind auch schon Verbrecherschiffe von „drüben“ nach Europa unterwegs, um die unheilvolle Menschenfracht, die aus Europa kam, wieder in den Mutterländern abzuliefern.

Die Fahrt der dreiunddreißig

Der argentinische Hilfskreuzer „Chaco“ war in Buenos Aires ausgelaufen. Dreiunddreißig Schwerverbrecher sind an Bord. Sie sind alle europäischer Abstammung — in Europa sollen sie ausgeliefert werden. Es sind Leute, die „drüben“ mehrere Jahre Zuchthaus verbüßt haben. Als der Dampfer erstmalig Las Palmas anließ, verweigerte ihm die Hafenbehörde die Lösung der Fracht. In Marseille und Genua, in Hamburg und Calais, überall wurde der Kapitän ohne die ihm geziemenden militärischen Ehren empfangen und höchst wieder aus den Häfen hinauskomplimentiert, ohne daß er seine „Ware“ an den Mann zu bringen vermochte. Die „Ladung“ ist bis heute, sechs Wochen nach der Übernahme, noch nicht „gelöst“ worden. Das Ende ist schon heute abzusehen. Die 33 Verbrecher müssen nach Argentinien zurück und dort in Konzentrationslagern ausharren, bis man sie auf irgendeine feinere, diplomatisch geschicktere Art über die Grenzen, über den Pazifik abgeschoben haben wird. Wozu gibt es auch schließlich

Notenschiffe? Schiffe, die die Reder fahren lassen in der Hoffnung, daß sie absacken und Versicherungsgewinn bringen . . . ? Sie sind zumeist die letzte Zuflucht der Menschen ohne Papiere . . .

Versuch zur Selbständigkeit . . .

Das argentinische Verbrecherschiff ist übrigens durchaus nicht das erste, das unseren Kontinent ansteuert. Vor zwanzig Jahren zeigte sich ein eben solches Schiff im Mittelmeer. Es kam von den Inseln der Südsee und wollte seine Fracht in der Levante abgeben. Es hatte ebensowenig Erfolg, wie ihn jetzt die „Chaco“ haben wird. Einmal hatten sogar spanische und französische Sträflinge aus den Kolonien von Guyana und den „Inseln hinter dem Winde“ sich selbst eines Schiffes bemächtigt, um Seeräuberzügen zu treiben und die Mittel aufzubringen für eine Heimreise über den Atlantischen Ozean. Der Versuch mißlang, ein amerikanischer Zerstörer bohrte das Verbrecherschiff völlig in den Grund; drei Ueberlebende wurden gerettet und nach Guyana zurückgebracht. Wis.

Das Schiff ohne Hafen

Das argentinische Schiff „Chaco“, das 33 schwerverbrechtere Verbrecher aller möglichen Nationalitäten an Bord hat und dem, wie oben berichtet, die Hafenbehörden in Marseille, Genua und Hamburg verboten haben zu landen, hat am Donnerstag den Versuch gemacht, den polnischen Hafen Gdingen anzulaufen.

Der Hafentommisnar hat dem „Verbrecherschiff“ die Landung auch hier untersagt. Nur diejenigen Leute der Besatzung, die sich als polnische Staatsbürger ausweisen können, dürfen an Land gehen. Die Behörden sind angewiesen worden, gegebenenfalls auch mit Gewalt das Einlaufen der „Chaco“ zu verhindern. Es heißt, daß das Schiff sich nun nach Estland, und wenn es auch dort nicht landen darf, nach Leningrad wenden will.



Sieger im Schandauer Schachmeisterturnier

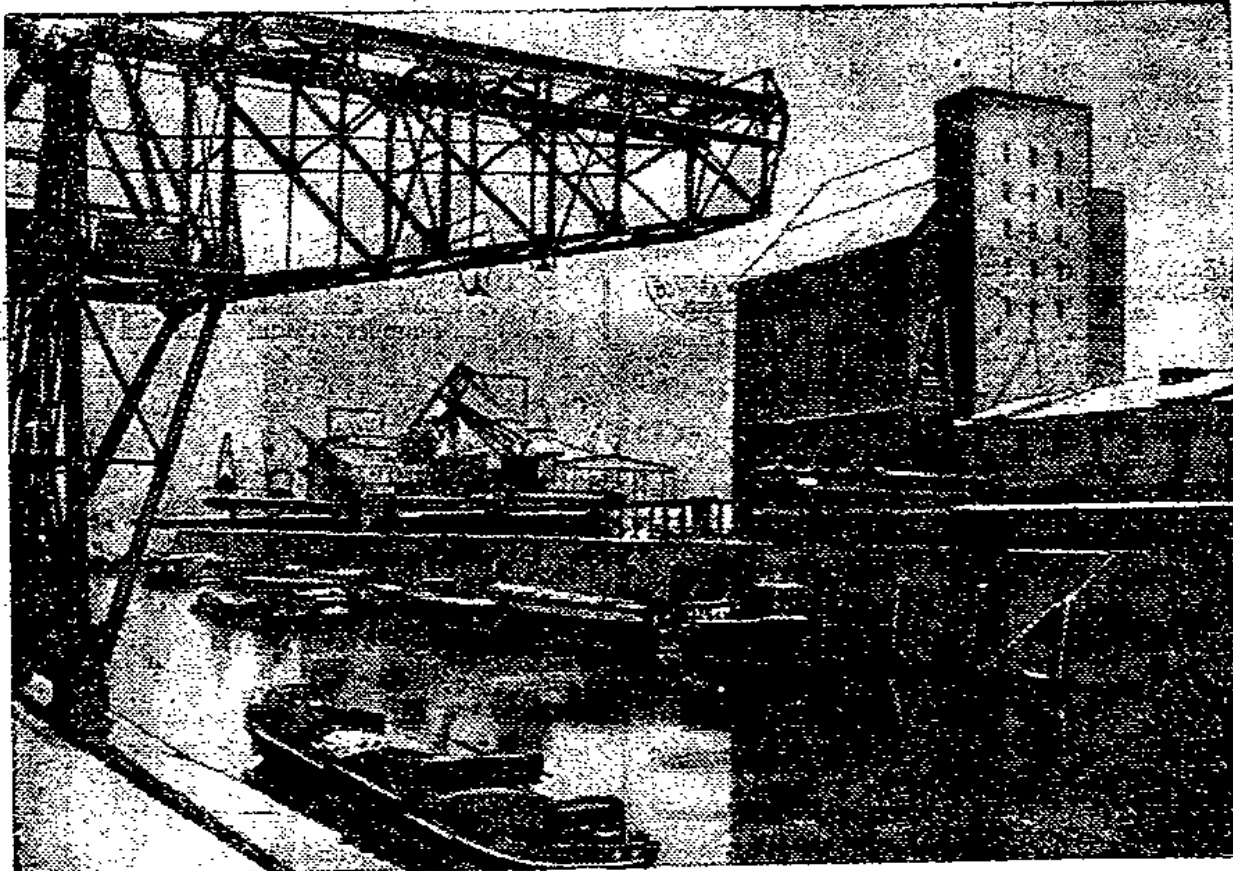
das alljährlich vom Sächsischen Schachbund in Bad Schandau veranstaltet wird, blieb — wie auch in den beiden letzten Jahren — Schachmeister Hellwig.

Schlecht angelegter Schwindel

Auf dem Breslauer Polizeipräsidium meldete sich ein Bezirksdirektor der städtischen Wohlfahrtspflege und schilderte ausführlich, wie er von Räubern im Auto entführt worden sei: 2400 Mark Wohlfahrtsgeelder, die er bei sich getragen habe, hätten ihm die Verbrecher außerhalb der Stadt abgenommen. Ein Kreuzverhör und nähere Nachforschungen führten allerdings zu dem Ergebnis, daß die ganze Geschichte das Produkt einer romantischen Phantasie war. Der Direktor hatte seine Entführung erfunden, um seine Unterschlagung der 2400 Mark zu vertuschen. Er wurde verhaftet.

Entsprungener Schwerverbrecher

Der wegen zahlreicher Verbrechen von einem Kölner Gericht zu neun Jahren Zuchthaus verurteilte Schwerverbrecher Wingen ist bei einem Gefangenentransport von Köln nach Bonn entsprungen und entkommen.



Auch die Schweizer Rheinschiffahrt in der Krise

Die Schweiz hat es sich in den letzten Jahren viel Geld kosten lassen, um die Schifffahrt auf dem Rhein nach Basel auszubauen. In Basel selbst wurden am Rheinhafen große moderne Lagerhäuser errichtet, um den erwarteten großen Umschlag zu bewältigen. Aber die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die Krise hat auch auf die Schweiz übergegriffen, und die schönen neuen Anlagen werden nur in geringem Maße ausgenutzt.

Jugendnot

Eine in diesen Tagen erschienene Denkschrift des preussischen Wohlfahrtsministers enthält erschütternde statistische Angaben über den Gesundheitszustand der Kinder in den preussischen Volksschulen. In allen preussischen Regierungsbezirken ist eine erhebliche Verschlechterung des Ernährungszustandes zu beobachten; häufig ist auch die Bekleidung und Wäsche der Schüler mangelhaft. 40 Prozent der preussischen Volksschüler haben kein eigenes Bett und müssen mit Geschwistern oder Erwachsenen zu zweien und zu dreien zusammen schlafen.

Neues Filmverbot!

Von der Berliner Filmprüfstelle wurde der seit langer Zeit mit großer Spannung erwartete Film „Kuhle Wampe“ von Bert Brecht und Ernst Ottowald verboten. Der Film, der seinen Titel von einer in der Nähe Berlins gelegenen Inselstadt empfing, versucht das proletarische Schicksal dieser Zeit im Rahmen einer einfachen Handlung zu gestalten und endet mit einer Verherrlichung der Arbeiter-Sportbewegung. Die Gründe, die den Vertreter des Reichsinnenministeriums, Regierungsrat Erbe, zur Beanstandung des Films veranlaßten, sind der Öffentlichkeit vorläufig noch nicht bekannt; sie zu entkräften, versuchte — vergeblich — Rechtsanwalt Dr. Otto Landsberg als Vertreter der Herstellerfirma. Von den vier Beisitzern haben zwei Beschwerde gegen das Verbot eingelegt; der Film wird nunmehr von der Prüfungsstelle begutachtet werden.

Anglück des Glücksfliegers

Wegen den erfolgreichen Segelflieger Günther Groenhoff soll ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet werden. Günther Groenhoff hatte in der Nähe von Darmstadt einen schweren Autounfall erlitten; er selbst blieb unverletzt, seine Begleiterin, ein Fräulein Niedel, die den Wagen gesteuert hatte, verunglückte tödlich. Wenige Tage nach dem Unglück beging Groenhoff, der die Absicht hatte, sich mit Fräulein Niedel zu verloben, einen Selbstmordversuch mit Gas. Er konnte jedoch ins Leben zurückgerufen werden. Die Einleitung des Strafverfahrens wird nun damit begründet, daß Groenhoff Fräulein Niedel das Steuer anvertraut hatte, obwohl sie keinen Führerschein besaß.

Banditenstreich in USA.

200 000 Dollars aus einer Bank geraubt
Am frühen Morgen hat sich in Minneapolis ein echtes amerikanisches Wildweststück ereignet. Sieben mit Maschinen-gewehren und Pistolen bewaffnete Banditen fuhrten in einem Auto vor der Filiale der Northwestern Nationalbank vor, überwältigten die Wächter und raubten 200 000 Dollars in bar und 150 000 Dollars in Wertpapieren. Es gelang den Räubern, unerkannt im Auto zu entkommen.



Kanton, die Hauptstadt der Provinz Kuangtung

liegt am Pearl- oder Kantonfluß und zählt 900 000 Einwohner. Die Japaner planen die Besetzung der Stadt.

Amtlicher Teil
Staatliche Handelshochschule
 Abteilung Kaufmannsschule:
 Alle zu Ostern in das Geschäft eintretenden männlichen und weiblichen Handlungslehrlinge und Handlungsgehilfen unter 18 Jahren sind vom Dienstag, dem 29. März ab, bis Sonnabend, dem 2. April zum Besuch der Kaufmannsschule anzumelden. Die Beschäftigung auf Probe befreit nicht vom Schulbesuch, ebenso nicht der Besuch von Jahreshaushaltungsschulen und von privaten Handelsschulen. Anmeldebüchlein und eine Aufstellung der Unterrichtszeiten für die neuen Lehrlinge werden vom Dienstag ab im Schulhause, Schwartauer Allee 44 b, verabfolgt.
 Alle Schulpflichtigen haben sich am Montag, dem 4. April, im Schulhause zur Aufnahme und Klassenbildung einzufinden, die männlichen Lehrlinge morgens um 8 Uhr, die weiblichen Lehrlinge morgens 9 1/2 Uhr. Geburtsurkunden und Schulentslassungszugnisse sind mitzubringen. Der Unterricht für die neuen und die bisherigen Klassen beginnt am Dienstag, dem 5. April, morgens 7.30 Uhr. (3198)
 Lübeck, den 26. April 1932
 Die Oberlehrerbehörde.

Beschluß
 Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Julius Heinrich Ernst Sittel, all. Inh. der Firma Seiner Kuhlmann, Pumpen- und Altfleischhandlung in Lübeck, Untertrave 31-32, wird nach rechtskräftig bestätigtem Zwangsvergleich aufgehoben. (3229)
 Lübeck, den 24. März 1932
 Das Amtsgericht, Abt. II.

Abstimmungsverfahren für Seeleute
 bei dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932
 Nach § 111 a der Reichsstimmordnung in der Fassung der zweiten Abänderungsverordnung vom 17. März 1925 können Seeleute, die vor der Abstimmung aus den Lübecker Seehäfen ausfahren oder am Abstimmungstag oder in den nachfolgenden fünf Tagen in sie einfahren und sich durch ihr Seefahrerbuch ausweisen, ihr Stimmrecht gegen Abgabe eines Stimmscheines in der Zeit vom 8. Tage vor dem allgemeinen Abstimmungstage bis zum 5. Tage nach diesem, also vom 2. bis 9. April und vom 11. bis 15. April 1932 im Statistischen Landesamt in Lübeck, Mengstraße 4 I, täglich von 10-12 Uhr, vor einem besonderen Abstimmungs-vorstand ausüben.
 Der Seemann muß einen Stimmschein (§§ 9, 12 R. St. O.) besitzen, den er erhalten kann entweder bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes, an dem er polizeilich gemeldet ist, oder auf Grund eines vom Seemannsamt oder von seiner Wohn-gemeinde in sein Seefahrerbuch eingetra-genen Wahlberechtigungsvermerkes beim Einwohnermeldeamt (Polizeidienstgebäude) in Lübeck, Parade Nr. 10, Zimmer 4.
 Durch Verfügung des Reichsministers des Innern vom 23. 8. 1930 gelten die vorstehenden Bestimmungen auch für die Besatzungen von fiskalischen Binnenfahr-zeugen. An Stelle des nach § 111 a R. St. O. vorgeschriebenen Seefahrerbuchs ist als Ausweis eine entsprechende Bescheinigung des zuständigen Wasserbauamts vor-zulegen. (3213)
 Lübeck, den 31. März 1932
 Das Statistische Landesamt

Man spricht davon!

Unsere entzückenden Neuheiten in Kleidern, Mänteln und Hüten sind in Qualität und Preiswürdigkeit nicht zu übertreffen!

4.75
5.75
6.75
9.75
29.75
22.75
26.50
14.75
2.95
6.75
8.50

Shelland-Mantel mit reicher Stepperei, ganz auf Kunstseide, bis Größe 50
 Engl. gemust. Mantel, moderner Noppenstoff, g. auf Kunstseide
 Fescher Mantel aus reinw. blauem Stoff ganz auf Kunstseide gef.
 Entzück. Kleid, Rock u. Bolero-jäckchen einfarb. Bluse gem. Maroc
 Apartes Kleid, einfarb. Marocain, Ärmel, Eins., Krag. aus gem. Marocain
 Reizende Kappe aus mod. Strohkstoff hübsche Blumenzier
 Jugendl. Schrägkappe feines Pedaline Geflecht entzück. Bandzieratur
 Der neue Canotier fein. Perlstroh in apart. 3farbig. Schieferfarn

Familien-Anzeigen

Für die viel Glück-wünsche u. Geschenke zur Konfirmat. dank herzlichst
K. Oldörp u. Frau nebst Tochter
 Panstraße 15

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Heimgange uns. lieben Entschlafenen sprechen wir allen, insbes. Herrn Pastor Schulz für seine trost-reichen Worte, unsern herzlichsten Dank aus.
 Im Namen der Hin-terbliebenen
Wilhelm Hilde u. Frau geb. Classen

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-nahme u. reich. Kranz-spenden beim Hin-scheiden uns. lieben Entschlafenen sprech. wir allen Beteiligten unsern aufrichtigen Dank aus.
 In Namen aller Angehörigen
Pauline Ritzau
 Paulstraße 32

Familien-Drucksachen
 Wullenwever
 Druckverlag

Fast neuer Kinder-wagen preiswert ab-zugeb. Lindenstr. 17 a

Dauerwäsche
 bestes deutsches Fabrikat
Mey's Stoffwäsche
 keine Wasch- u. Plättkosten, elegant gleich Leinenwäsche.
 Hauptverkaufsstelle
Aug. Janensch
 Sandstraße 6.

Einriedigungs-plätze
 abzugeben.
Heinrich Boye
 Lindenstraße 17 a. Telefon 29497

Wollen Sie sich besonders gut und billig einrichten?
 Dann besichtigen Sie
Möbel-Werkstätten
 B. Folkers
Nur Ziegelstraße 28-28a
 Ecke Stehröder Weg

Nach längerem Leiden entschlief sanft am 31. März mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Opa, der Tischler
Johannes Möller
 im 69. Lebensjahre.
 In tiefen Schmerz
Anna Möller geb. Kuhn
 und Kinder
 Pegelstraße 5
 Trauerfeier Montag, den 4. April, nachm. 3 Uhr, im Krematorium.

1 Kinderstuhl zu ver. Moisting, Allee 14 b I.

Rob. Kinderwagen für 8 Mf zu verf. Schönkampstraße 13 I.

Spaunstoffeln breiten für 5.- **Boldt, Gr. Burgstr. 111.**

Rautchen zu verf. Grüner Weg 10 c

Junge Rautsch. zu verf. Kottwitzstr 33 a I.

Verschiedene
 Verpackte Sonntag morgen 8 Uhr
Kartoffelland
S. Barnewitz
 Kulisdorf bei Lübeck

Rosen Obstbäume
 alle Gartenpflanzen jetzt beste Pflanzzeit herabgesetzte Preise! Besichtigung ohne Kantzwang
Karl Heinr. Basso
 Gartengestaltung Bannschulen **Fachbergerstr. 22 24** Fernsprecher 28676

Verkauf
 1 hübs. Schlangen-Rattus zu verf. 23. Schloßstraße 9

Grammophon mit Platten zu verkaufen 23. Rehsstraße 65

Milchpreise
 vom 1. bis 7. April 1932
 Vollmilch per Liter 22 Pfg.
 Buttermilch per Liter 11 Pfg.
 Für am Milchhandel betriebl. Körperhaften

Werber
 für Tageszeitungen, die selbständig arbeiten können sucht. Auskunft nur an Mitglieder der S. P. D. erteilt. **Overweitzer Straße, 23.** Tel. Bergstraße 11.

Und heute:
Eröffnung
 Breite Straße 35
Arnold Berg
 Das Spezialgeschäft für
 Kristall - Glas - Porzellan - Steingut - Kunstgewerbe

KARSTADT

Auflösung des Landtags?

Die Finanzlage Oldenburgs

Die Stellung der Sozialdemokratie / Das Harzburger Durcheinander

Oldenburg, 30. März

Seitdem Oldenburgs erste und einzige parlamentarische Regierung, die von den Parteien der Weimarer Koalition gewählt war, infolge der Sturheit ihres Ministerpräsidenten 1923 zurückgetreten ist, hat Oldenburg ein von der Rechten und dem Zentrum eingefügtes Beamtenministerium, das zuerst unter der Führung des Ministerpräsidenten v. Finckh (+) stand und jetzt unter der Leitung des Ministerpräsidenten Cassebohm steht. Die agrarische Rechte einschließlich der ersten drei Nationalsozialisten im Landtag war bis vor etwa Jahresfrist mit einem Beamtenkabinett einverstanden — hatten sie es doch selber eingefügt und gestützt. Nachdem aber im Mai 1930 die faschistische Welle auch über Oldenburg gegangen ist und in den Landtag eine Harzburger Front aus 19 Nationalsozialisten, 2 Deutschnationalen und 3 Kommunisten gebracht hat, paßt denselben Agrariern, die ehemals den Landesblock gewählt haben und heute „Heil, Hitler“ rufen, die von ihren eigenen Kreisen eingefügte Regierung nicht mehr.

Jetzt haben sie ihre parlamentarische Veranlagung entdeckt und wollen parlamentarisch regiert werden.

Da aber die Nationalsozialisten allein herrschen und mit Verfassungsparteien nicht teilen wollen, konnten sie wohl mit ihren Hilfstruppen die Regierung zum Rücktritt zwingen, zumal Zentrum und Sozialdemokraten sich bei dem Mißtrauensantrag der Stimme enthielten. Daher führt das Beamtenkabinett, unbeeinflusst durch den Landtag und gestützt auf Notverordnungen, die Geschäfte weiter, in einer Weise, die den Faschisten eigentlich befallen sollte, die jedoch der Regierung selber am wenigsten zusagt. Sie hat deshalb einen Volksentscheid auf Auflösung des Landtages eingeleitet.

Die Volksabstimmung war ursprünglich auf den Tag der zweiten Präsidentschaftswahl angesetzt worden. Auf Wunsch der Reichsregierung ist sie auf den 17. April verlegt worden. Hiergegen haben die Nationalsozialisten Einspruch erhoben, wohl deshalb, weil sie nicht zu Unrecht befürchten, daß ihnen nach der zweiten Niederlage, die sie bei der zweiten Präsidentschaftswahl zu erwarten haben, noch mehr Wähler davonlaufen werden und sie daher beim Volksentscheid in die Minderheit geraten würden. Diese Rechnung ist richtig. Denn

die Volksentscheidparteien haben bei der ersten Präsidentschaftswahl nur 55 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen erreicht.

Eine Umkehrung des Verhältnisses beim Volksentscheid am 17. April wäre also durchaus zu erwarten gewesen, zumal bei dem Rübeldmüßel, der in der Harzburger Front herrscht, und bei der Entschlossenheit und Lebendigkeit in der Eisernen Front, die durch den Ausgang der Präsidentschaftswahl nur noch gesteigert worden ist. Die hier kurz angedeuteten Verhältnisse machen es schon gewiß, daß ein neuer Landtag eine für die Nationalsozialisten günstigere Zusammensetzung nicht haben wird. Volksbegehren und Volksabstimmung werden sich als recht überflüssige und kostspielige Kindereien politischer Analphabeten herausstellen. Das Zentrum will den Harzburgern und Moskauern das Vergnügen aber nicht verderben und hat seinen Wählern Enthaltung beim Volksentscheid empfohlen. Damit ist für die Wahl eines neuen Landtages der Weg freigegeben.

Weshalb will das Beamtenkabinett nicht länger amtieren, obwohl ihm seine Tätigkeit durch Selbstausschaltung des Landtages und durch die Notverordnungen doch erleichtert sein sollte? Es wird ihm das Leben schwer gemacht durch steuerpolitische Fehler der Vergangenheit, durch das Verhalten bestimmter Interessentenverbände, durch die unsachliche Agitation der Harzburger und durch eigene Jagdstätigkeit.

Mit wenigen Zahlen seien die steuerpolitischen Fehler aufgezeigt, die sofort hervortreten, wenn man Oldenburg mit dem agrarisch verwandten Mecklenburg-Schwerin vergleicht. Vor dem Kriege betrug die Gesamtsteuerlast (ohne Reichsanteil) je Einwohner in Mecklenburg 25,75 M. und in Oldenburg 38,75 M. Die Belastung war in Oldenburg also um 50,5 Proz. höher. Nach der statistischen Erhebung für 1928/29 betrug die Gesamtsteuerlast in Mecklenburg 105,47 RM. und in Oldenburg 78,44 RM. Die Belastung war in jenem Nachkriegsjahre demnach in Mecklenburg um 34,4 Proz. höher als in Oldenburg. Die Verhältnisse haben sich geradezu vertehrt. Hierbei ist zu beachten, daß die Einkommensteuerquote in Oldenburg höher ist als in Mecklenburg. Was die Bevölkerung Mecklenburgs tragen kann, sollte für Oldenburg im ganzen gesehen nicht untragbar sein. Die Grund- und Gebäudesteuer beträgt in Mecklenburg je Kopf 25,78 RM. und geht damit über den Satz Preußens und des Länderdurchschnitts hinaus. In Oldenburg beläuft sich die Quote auf 11,43 RM., erreicht also noch nicht die Hälfte des mecklenburgischen Satzes und kaum die Hälfte des preußischen und des Länderdurchschnitts. Die Gewerbesteuer ist in Mecklenburg je Einwohner reichlich doppelt so hoch wie in Oldenburg; dasselbe gilt für die Hauszinssteuer, von der preußischen Gewerbesteuer umfaßt die oldenburgische Quote nur 22,1 Proz., also noch nicht ein Viertel. Die oldenburgische Hauszinssteuerquote beträgt 37,3 Proz. der preußischen Quote, also nicht viel mehr als ein Drittel.

Hätte Oldenburg mecklenburgische Steuerverhältnisse, so würde die jährliche Mehreinnahme für den Freistaat rund 14,7 Mill. RM. betragen. Nach preußischen Verhältnissen würde die Mehreinnahme reichlich 25,4 Mill. RM. betragen. Bei Anwendung mecklenburgischer bzw. preußischer Verhältnisse müßten die oldenburgischen Steuereinnahmen um etwa 35 Proz. bzw. 60 Proz. erhöht werden.

Jetzt — inmitten der Krise und der Realisierungsperiode — sitzen wir fest. Mit dem Abbau von Löhnen und Gehältern, der sozialen und kulturellen Leistungen sucht man das Haushaltsgleichgewicht herzustellen, was auf die Dauer natürlich nicht gelingen kann. Denn das Notwendigste wird man den Besitzlosen nicht nehmen können. Neben diesen Abbaumaßnahmen hat die Regierung über Bürgersteuer und Wohnungsnutzungssteuer neue Mittel flüssig gemacht.

Der Besitzlose muß still halten.

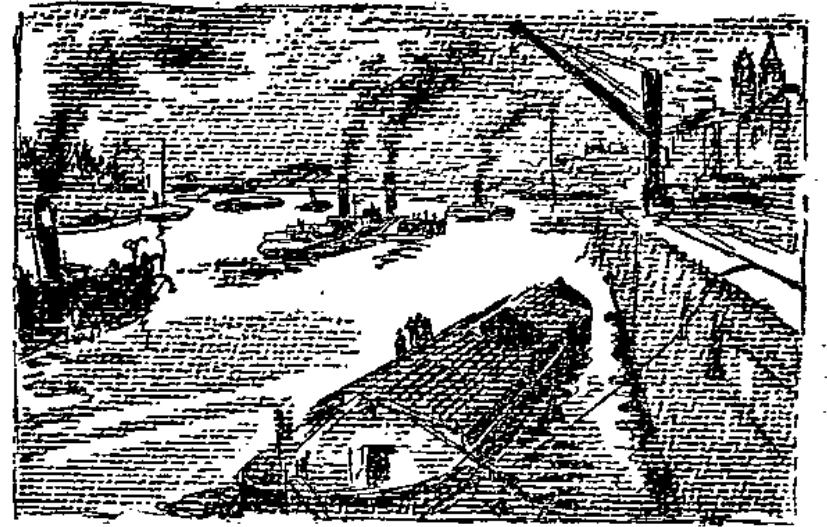
Da nun aber die Regierung auch bemüht ist, die Steuerfehler ein wenig zu korrigieren, so weit die Reichsnotverordnungen es noch zulassen, hat sie die Hauszinssteuer nicht gesenkt und will sie das Gewerbesteuerertrahmengesetz durchführen. Das ist auch schon deshalb nötig, weil große Rückstände an Steuern und Pachten zu verzeichnen sind, die im Januar sich auf über 2 Mill. RM. beliefen. Ob die Warnung der Regierung, daß bei weiterer schlechter Erfüllung der Steuer- und Pachtleistungen die Selbstständigkeit des Staates gefährdet sei, viel genützt hat, ist im Augenblick schwer zu entscheiden.

Das sind nette Aussichten, wenn jeweils die Angehörigen der Parteien, die in einer Regierung nicht vertreten sind, keine Steuern zahlen wollen. Die Auswirkung solcher Art staatsbürgerlicher Erziehung offenbart sich nicht nur in den Steuerrückständen, für welche Besitzlose mit Bürger- und Wohnungsnutzungssteuer büßen müssen, sondern auch bei den Begleiterscheinungen von Zwangsversteigerungen, die oftmals den Eindruck erwecken können, als ob die Staatsautorität sich selber begraben habe. Daß die Nordwestdeutsche Handwerkerzeitung diese Zustände auf ihre Weise kritisiert, nimmt nicht Wunder.

„Augenscheinlich sind wir soweit, daß nur noch von denjenigen die Steuern geholt werden, von denen man sie am leichtesten und mit dem geringsten Risiko der Leibesbeschädigung holen kann. Und als solche sieht man die Handwerker und überhaupt die Mittelständler an. Muß sich da dem Handwerk nicht der Gedanke aufdrängen, es mit dem Steuerzahlen ebenso zu halten wie die andern?“

Die Behörden sind zwar gegen Akte des Steuerstreiks und der Sabotage eingeschritten, wie Zwangsversteigerungen und im besonderen auch die Beschlagnahme der Ruchlinien der Notgemeinschaft des Landbundes, die eine Anweisung zum Steuerzahlen geben, beweisen. Aber ob es soviel geholfen hat, daß die Rassen wieder flüssiger werden, ist kaum festzustellen. Der Landbund hat

Wie wird das Wetter am Sonnabend?



Die See

Stark böige Nordwest- bis Nordwinde, wechselnde Bewölkung, einzelne Schauer, wieder zurückgehende Temperaturen.

Ganz Mitteleuropa ist mit subtropischer Warmluft überflutet. Die Temperaturen liegen in ihr über den normalen Werten. Die beiden letzten Tage des März haben aber das Temperaturdefizit des Monats nicht aufheben können. Auf der Rückseite des über dem Nordmeer aufliebenden Tiefes strömt Kaltluft über die Britischen Inseln nach Süden. Ihr Auftreten auf dem mitteleuropäischen Kontinent wird unter Begleitung von Schauern dem Anfang des April wieder kühleres Wetter bringen.

sich nunmehr selber genötigt gesehen, seine Mitglieder zum Steuerzahlen aufzufordern, weil sonst die Selbstständigkeit Oldenburgs gefährdet sei.

Unsere Stellung zu den hier skizzierten Fragen ist klar: Oldenburgs Existenz ist bedroht durch die Auswirkungen der von uns stets als falsch bekämpften Steuerpolitik des oldenburgischen Landtages. Die sich heute zeigenden Erscheinungen in bestimmten Steuerzahlerkreisen haben nur in geringem Umfange eine objektive Grundlage. Die Regierung wird als geschäftsführendes Ministerium schärfer als bisher dagegen einschreiten müssen, sie wird sich nicht mit dem neuen Landtag vertragen wollen und dürfen, denn dieser wird kaum anders aussehen als der jetzige Landtag.

Sollten die bisher beliebten Sanierungsmethoden fortgesetzt werden, so werden wir der Regierung auf diesem Wege nach wie vor nicht folgen.

M. Jacobs.

Das Neueste von der Mode



Auf einer Schönheitskonkurrenz in New York wurden die neuesten Schöpfungen der Haarkünstler gezeigt: (links) die Haartracht für den Sommer 1932 und (rechts) goldene Augenwimpern. Man wird die Haare wieder so lang wachsen lassen, daß man aus ihnen durch Flechten einen großen turmartigen Aufbau formen wird — je größer der Aufbau, um so schöner die Frisur. — Die Augenwimpern sind dünne Goldfäden, die kunstvoll an die Lider geklebt werden und den Augen einen strahlenden Blick verleihen sollen.

Provinz Lübeck

Stoddeßdorf. Arbeiterwohlfahrt. Am Sonntag, dem 3. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal W. Lampe ein Theater-Abend zugunsten der Arbeiterwohlfahrt statt, ausgeführt vom Freien Theater-Verein Stoddeßdorf. Zur Aufführung gelangt: 1. Ans Woderprat; 2. die Operette Der liebe Onkel. Eintritt 30 Pf., für Erwerbslose und Rentner 15 Pf.

Oldenburger Landtag

Kf. Oldenburg, 31. März.

Inferm Bericht ist noch nachzutragen: Minister Willers gab eine Erklärung über die finanzielle Lage des Staates und der Gemeinden ab, wobei er auf die Kürzung der Einnahmen durch das Reich hinwies. Er weiß auch heute noch nicht, inwieweit die Ueberweisung durch das Reich vor sich geht; die Voranschläge sollen ausgearbeitet werden. Ansprüche in kultureller und sozialer Hinsicht dürften nicht gestellt werden. Die Gesamtfinanzlage in Oldenburg sei nicht ungünstig, aber die Kassenlage sei sehr schlecht. Die Landesteile Lübeck und Birkenfeld wurden nur mit einigen Worten erwähnt. Der Minister sagte, er sei auch bemüht gewesen, für die Landesteile Kredite zu erhalten. Die Steuerrückstände und Domänenpacht-rückstände betragen 4 684 000.— RM. Dieser Zustand ist einzig in ganz Deutschland. Rückständige Säuberung der Domänen von Pächtern, die nicht zahlungswillig sind, ist notwendig. Der Landbund hat Notgemeinschaften gebildet und Richtlinien herausgegeben, keine Steuern und Pachten zu bezahlen, überhaupt sollen alle Zahlungen diesem System verweigert werden. Der Minister bittet, die Selbstständigkeit Oldenburgs zu erhalten. Der Kampf gegen das System hat also die Eigenstaatlichkeit Oldenburgs bedenklich gefährdet. Dr. Dräger gibt eine Uebersicht der vorhandenen Wohlfahrtsvereine in Oldenburg, Lübeck und Birkenfeld. Im Vertrauensmännerauschuß will der Landtagspräsident Klarheit darüber schaffen, wie weiter gearbeitet werden soll und ob die vorhandenen Anträge an die Ausschüsse gehen sollen oder ob der Land-

tag nicht weiter arbeiten soll. Der Aeltestenausschuß beschloß, die Regierungserklärung und die dringlichen Sachen an die Ausschüsse zur Beratung zu überweisen.

Die größte Bremer Bauparkasse ist pleite!

Bremen, 31. März

Auf Veranlassung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung in Berlin ist der Konkurs über das Vermögen der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e.ö.m.b.H. in Bremen durch das hiesige Amtsgericht eröffnet worden. Die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft ist dem „Ring der Bauwirte“ in Bremen angeschlossen. Die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft hat rund 7000 Genossen. Die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft Bremen war mit 53 weiteren Bauparkassen in der Bauwirt-Ring-W.G. Bremen, einer Dachgesellschaft, zusammengefaßt, bekannt unter dem früheren Namen: Ring der Bauwirte. Nach Lage der Dinge steht zu befürchten, daß auch die kleinen, der Ring-W.G. angeschlossen Bauparkassen in den Konkurs hineingezogen werden.

Mecklenburger Justiz

Reichsbannerleute bleiben verurteilt — Nazis werden freigesprochen

w. Schwerin, 1. April.

Nachdem vor 14 Tagen die Berufung der 17 Reichsbannerleute die wegen der am 14. Oktober v. J. stattgefundenen Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten gelegentlich einer sozialdemokratischen Versammlung verurteilt waren, zurückgewiesen und die auf insgesamt 48 Monate Gefängnis lautenden Strafen der ersten Instanz von der Strafkammer bestätigt worden waren, mußte die Strafkammer Schwerin am Donnerstag nochmals in dieser Angelegenheit verhandeln. Diesmal handelte es sich um zwei Nationalsozialisten, und zwar den Arbeiter Hagen, der in der ersten Instanz zu drei Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden war und den Bäcker Richard aus Hagenow, gegen den

